

Presse-Information

30. Januar 2023

Hamburger Hochbahn AG

Christoph Kreienbaum
Pressesprecher
Büro: 040 32 88-21 21
Mobil: +49 178 628-21 21
presse@hochbahn.de

Bewegung auf beiden Seiten erforderlich

- **Stellungnahme zum Streikaufruf durch ver.di**
- **Arbeitgeberseite hat nochmals deutlich nachgebessert**
- **Dritte Verhandlungsrunde am 2. Februar**

Die laufenden Tarifverhandlungen zwischen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Hamburger Hochbahn AG (HOCHBAHN) finden in einem allgemein sehr schwierigen wirtschaftlichen Umfeld statt. Angesichts der aktuell hohen Inflationsraten hat die HOCHBAHN mit ihrem Arbeitgeberverband AVN schon zur ersten Verhandlungsrunde Anfang Januar ein attraktives Angebot vorgelegt, das sich auf dem Niveau aktueller Tarifabschlüsse vergleichbarer Branchen bewegt.

In der zweiten Verhandlungsrunde in der letzten Woche hat die Arbeitgeberseite ihr Angebot nochmals erhöht und ist auch auf weitere Forderungen der Gewerkschaft aus der ersten Verhandlungsrunde eingegangen. Das betrifft gerade die überproportionale Anhebung der unteren Entgeltgruppen und eine kürzere Laufzeit von 21 statt der zuvor angebotenen 24 Monate.

Das Angebot der Arbeitgeberseite sieht folgende Punkte vor:

- Erhöhung der Tarifentgelte rückwirkend zum 1.1.2023 um 4,5 Prozent, mindestens 150 Euro, und eine weitere Anhebung der Tarifentgelte um 130 Euro ab dem 1.1.2024. Dies bedeutet eine Anhebung Tarifentgelte um durchschnittlich 8,4 Prozent.

Neuigkeiten und Hintergründe zur HOCHBAHN unter hochbahn.de und dialog.hochbahn.de
Informationen zu Betriebsunterbrechungen via twitter.de/hochbahn sowie per [Telegram](https://t.me/hochbahn)

- Zahlung einer steuer- und sozialversicherungsfreien Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3 000 Euro an alle Mitarbeitenden in drei Teilbeträgen zu je 1 000 Euro in diesem Jahr

Die Gewerkschaft hat sich im Gegensatz zur Arbeitgeberseite bislang kaum bewegt und verhartet weiter bei ihrer ursprünglichen Forderung, die Tarifentgelte um 600 Euro zu steigern, was einer durchschnittlichen Erhöhung um 17 Prozent entspräche. Stattdessen hat sie zu einem Warnstreik unmittelbar vor der dritten Verhandlungsrunde am 2. Februar aufgerufen.

Die Arbeitgeberseite kann diesen Schritt angesichts des deutlich verbesserten Angebots nicht nachvollziehen und fordert ver.di auf, in der nächsten Verhandlungsrunde konstruktiv an einer Lösung für das Unternehmen und alle Mitarbeitenden mitzuarbeiten.